

Gestaltung des Giebels der neuen Fahrzeughalle

Einheitliche Fassade



Der Giebel an der Fritz-Reuter-Straße soll mit Fassadenplatten verkleidet werden. Ein Antrag, den Tagesordnungspunkt zu verschieben, erhielt im Planungsausschuss keine Mehrheit.

Foto: Holtfrerich Architekten

-vera **NORDWALDE.** Glas, eine Photovoltaikanlage, Pflanzen oder doch einfach Fassadenplatten? Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie der Giebel der neuen Fahrzeughalle vom Feuerwehrgerätehaus an der Fritz-Reuter-Straße gestaltet werden könnte. Andreas Holtfrerich vom gleichnamigen Architektenbüro stellte die Varianten am Dienstagabend in einer Sondersitzung des Planungs-, Bau-, Verkehrs- und Umweltausschusses vor.

Mit den Stimmen von CDU und FDP beschloss der Ausschuss, die Südfassade als bündige Wand in der gleichen Farbe und mit dem gleichen Material wie den restlichen Anbau zu gestalten. Die Kosten für die Variante mit Fassadenplatten schätzte Holtfrerich auf 31 500 Euro. Grüne und SPD enthielten sich, die UWG votierte dagegen.

Fest stand bereits vor der Sondersitzung, dass die eigentlich geplante Glasgiebelwand nicht realisiert werden soll. Denn die Feuerwehr hatte nach Rückspra-

chen und Besichtigungen anderer Gerätehäuser Bedenken, durch die Glaswand könnte sich die Halle zu sehr aufheizen.

Statt Glas könnte eine Photovoltaikanlage in die Fassade eingearbeitet werden. Die Kosten prognostizierte Andreas Holtfrerich auf etwa 47 250 Euro. Damit würde „ein sichtbares ökologisches Statement“ gesetzt, das man bei den Fassadenplatten nicht habe, und man wäre unabhängig von steigenden Strompreisen. Gefördert werden könnte die Photovoltaikanlage allerdings nur bei einem Eigenbedarf von 80 Prozent: „Den wir bei der Feuerwehr leider nicht haben.“ Geprüft werden müsste auch, ob der Verkehr durch die Anlage eventuell geblendet würde. Denkbar wäre auch eine Photovoltaikanlage auf dem Dach.

Die Grünen favorisierten die Variante mit Photovoltaikanlage gegenüber den Fassadenplatten. Die Mehrkosten wären auch bei Berücksichtigung von laufenden jährlichen Kosten nach

circa zehn Jahren gedeckt, argumentierte Fraktions-sprecher Oliver Hesse. Jedes weitere Jahr finanziere die Wand weiter. Bürgermeisterin Sonja Schemmann sagte, die Verwaltung sei „grundsätzlich auch für eine PV-Anlage“ und brachte die Möglichkeit ins Spiel, den Platz der Solar Genossenschaft anzubieten: „Flächen werden da immer gesucht.“

Ludwig Reichert (UWG) schlug vor, den Tagesordnungspunkt auf eine Sitzung in der nächsten Woche zu verschieben. Dann könnte auch zunächst mit der Solar Genossenschaft gesprochen werden. Sein entsprechender Antrag scheiterte aber an den Stimmen der CDU. Grüne und SPD hatten sich dem Antrag angeschlossen, die FDP enthalten.

Klaus Schröder (CDU) hatte sich zuvor für „eine durchgängige Fassade in gleicher Optik“ ausgesprochen. Er schlug aber auch vor, dass die Verwaltung sich noch mal mit einer möglichen Begrünung oder Photovoltaikanlage befasst, um zu schau-

en, „was dauerhaft möglich ist“. Die FDP tendierte ebenfalls zu den Fassadenplatten. „Wir vertun uns damit auch keine Option“, sagte Klaus Grummel (FDP).

Verschiedene Möglichkeiten, um die Fassade mit Pflanzen zu versehen, stießen bei den Fraktionen aus Kostengründen auf Bedenken. Für Vliestaschen oder ein Modulsystem stellte Andreas Holtfrerich geschätzte Kosten von jeweils bis zu 157 500 Euro vor. Die günstigste Variante dabei wären Pflanzsteine, die mit bis zu 78 750 Euro zu Buche schlagen würden. Fördermittel gäbe es nur für einen Bestandsbau.

„Eine Begrünung ist sehr interessant, aber auch sehr teuer“, sagte Hesse. Für eine Begrünung mit Kletterpflanzen sprach sich David Große Dütting (SPD) aus, der sonst eine „sehr monotone Fassade“ befürchtete. Die Fläche muss aufgrund von Altlasten allerdings komplett versiegelt werden. Der Boden kann deshalb nicht bepflanzt werden.